

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Hauptredaktion und die Filialredaktionen der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf. — Preis pro Ausland 120 Pf.

Redaktionspreis: Die Abgabeposten betragen für den Abnehmer des Anzeigers 20 Pf. (Postgebühren), außerdem für den Abnehmer des Anzeigers 20 Pf. (Postgebühren), außerdem für den Abnehmer des Anzeigers 20 Pf. (Postgebühren).

Telegramme: Erzgeb. Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 174

Mittwoch, den 29. Juli 1925

20. Jahrgang

Erfolge des Linkstartells.

Starke Verluste der Kommunisten.

Paris, 27. Juli. Die Resultate der gestrigen Sitzung für die Generalrats liegen jetzt endgültig vor. Sie schließt unzweifelhaft den neuen großen Erfolg des Linkstartells, welches der nationalsozialistischen Opposition 106 und den Kommunisten 11 Mandate entzog, also insgesamt 117 Siege gewonnen hat. Bei diesen 117 Mandaten sind die 93 „Radikal-Republikaner“, welche bisher dem „Nationalen Block“ angehörten, der Opposition zugerechnet. Diese Zwischengruppe zwischen dem oppositionellen Zentrum und der Linkstexten haben als einzige Partei der Opposition einen Gewinn zu verzeichnen. Sie gewann bei den Generalratswahlen insgesamt 87 Mandate, was als Symptom einer kleinen Linkverlagerung innerhalb des Nationalen Blockes gedeutet werden kann. Die stärksten Verluste haben die Kommunisten zu verzeichnen, die viele von ihnen als sicher betrachtete Sitze nicht behaupten konnten. Einer ihrer parlamentarischen Vertreter, Carnoin, wurde bei der Wahl von einem Radikalen verdrängt.

Kein Vertrauen zu Caillaux.

Beim Kongress der sozialistischen Vereinigung des Saainedepartements sprach sich Leon Blum gegen die Teilnahme der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung aus. Leon Blum erklärte, daß die Sitzungsperiode des Parlaments mit einer veränderten Gruppierung der Kartellpartei geschlossen hätte. Die Sozialisten seien in die Opposition gegangen und hätten bei den letzten Abstimmungen einen großen Teil der Radikalen an ihrer Seite gesehen. Blum sagte: „Wir haben Painlevé begriffen, daß die Situation sich geändert hat. Es war uns klar, daß die Regierung der Minderheit Konzeptionen machen würde; aber wir hielten es für wichtig, die Regierung zu unterstützen, um dem Einfluß der Rechten entgegen zu arbeiten. Wir haben Vertrauen zu der Gesinnung Painlevés, aber unser Vertrauen zu Caillaux ist nur sehr bedingt. Caillaux glaubte, daß seine Zeit gekommen sei, als Herriot zurücktrat: er wollte eine neue gemäßigtere Mehrheit bilden, die unseren Grundsätzen nicht entsprach. Diese Absicht ist nicht gelungen, weil die Sozialisten mächtiger waren als Caillaux geglaubt hat. Ihre Macht wird durch die Wahlen des heutigen Tages wahrscheinlich noch wachsen.“ Blum glaubt nicht, daß es möglich sein wird, noch einmal eine Mehrheit des Kartells zusammenzubringen, wie sie unter Herriot vorhanden war. Die parlamentarische Situation werde unklar bleiben und die Regierung oder die Regierungen der nächsten Zeit würden stark zu kämpfen haben. Leon Blum erklärte sich aufs neue als ein entschiedener Gegner jeder Teilnahme der Sozialisten an der Regierung. Auch für eine rein sozialistische Regierung scheint Blum die Zeit noch nicht gekommen zu sein. Diese Regierung wäre immer die Erbin ihrer Vorgänger. Sie wäre durch Rücksichten gebunden, die eine klare Vertretung der sozialistischen Grundsätze nicht erlauben würde.

nen machen würde; aber wir hielten es für wichtig, die Regierung zu unterstützen, um dem Einfluß der Rechten entgegen zu arbeiten. Wir haben Vertrauen zu der Gesinnung Painlevés, aber unser Vertrauen zu Caillaux ist nur sehr bedingt. Caillaux glaubte, daß seine Zeit gekommen sei, als Herriot zurücktrat: er wollte eine neue gemäßigtere Mehrheit bilden, die unseren Grundsätzen nicht entsprach. Diese Absicht ist nicht gelungen, weil die Sozialisten mächtiger waren als Caillaux geglaubt hat. Ihre Macht wird durch die Wahlen des heutigen Tages wahrscheinlich noch wachsen.“ Blum glaubt nicht, daß es möglich sein wird, noch einmal eine Mehrheit des Kartells zusammenzubringen, wie sie unter Herriot vorhanden war. Die parlamentarische Situation werde unklar bleiben und die Regierung oder die Regierungen der nächsten Zeit würden stark zu kämpfen haben. Leon Blum erklärte sich aufs neue als ein entschiedener Gegner jeder Teilnahme der Sozialisten an der Regierung. Auch für eine rein sozialistische Regierung scheint Blum die Zeit noch nicht gekommen zu sein. Diese Regierung wäre immer die Erbin ihrer Vorgänger. Sie wäre durch Rücksichten gebunden, die eine klare Vertretung der sozialistischen Grundsätze nicht erlauben würde.

Nach Blum, der großen Beifall hatte, sprachen verschiedene Mitglieder der Partei in seinem Sinne. Es zeigte sich, daß die Mehrheit der Partei gegen die Regierung Painlevés, besonders aber gegen Caillaux ein entschiedenes Mißtrauen hat. Es wurde eine Kommission von 24 Mitgliedern gewählt, die eine Resolution für den Kongress in Marseille ausarbeiten soll.

Streikbeginn im Saargebiet.

Saarbrücken, 27. Juli. Der Streik im Saarbergbau hat heute vormittag eingesetzt. 99 Prozent aller Saarbergarbeiter befinden sich im Ausstand. Die Zahl der Arbeitstüchtigen ist äußerst gering. Sie dürfte im ganzen Saargebiet kaum mehr als 100 betragen. Die Kohlenhandarbeiten werden den Anweisungen der Streikleitung entsprechend durchgeführt. Mit Spannung steht man dem Ausgang der heute vormittag in Paris begonnenen Verhandlungen über die Forderungen der Saarbergarbeiter entgegen.

Unabhängig des Streikausbruchs im Saarbergbau hat der Landesrat folgendes Telegramm an das französische Arbeitsministerium gerichtet: „Die Notlage der Bergleute ist groß. Infolgedessen ist der Kampf und der Streik im Saarbergbau ausgebrochen. Wegen der schweren Folgen für die ganze Bevölkerung bitten wir daher dringend, den Forderungen der Bergleute weitgehend gerecht zu werden. gez. Scheuer, Präsident des Landesrates.“

Die Reichstagsferien.

Ueber die Tagungsdauer des Reichstages wird heute vormittag der Vorkonferenzrat beschließen. Es verlautete gestern, man beabsichtige bereits am Sonnabend, den 1. August, in die Ferien zu gehen und dann die Zollvorlage sowie die dritte Beratung des Etats erst im September zu erledigen, also eine etwa einmonatige Pause einzutreten zu lassen. Das alles ist aber noch ungewiß, da es fraglich erscheint, ob darüber im Vorkonferenzrat eine Einigung erzielt werden kann.

Berlin, 28. Juli. Die Blätter messen der heutigen Sitzung des Vorkonferenzrates des Reichstages, in welcher das Arbeitsprogramm bis zu den Parlamentsferien festgesetzt werden soll, große Bedeutung bei, da sie Klarheit darüber schaffen soll, ob es möglich ist, vor den Ferien die Zollvorlage zu verabschieden. Mehrere Blätter gehen eine Information aus parlamentarischen Kreisen weiter, wonach der Vorkonferenzrat wahrscheinlich beschließen werde, die Reichstagsberatungen ohne Erledigung der Zollvorlage am Sonnabend, den 1. August, abzubrechen und die Sommerpause eintreten zu lassen, da es außerordentlich schwierig sei, das Haus beschlußfähig zusammenzufassen. Die Zollvorlage soll erst im September in einer Sondertagung zur Beratung kommen. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt demgegenüber, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Wunsch bestehe, daß die Zollvorlage noch vor der Sommerpause erledigt werde.

Sittler soll ausgewiesen werden!

Durch die schärfste sozialistische Presse geht die Werbung einer schärfsten sozialistischen Korrespondenz, wonach die schärfste Regierung beschlossene, Sittler als schärfsten Kandidaten ausgewiesen!

Ist Auswanderungspolitik nötig?

Von Kreuze-Sperber, Hamburg, Geschäftsführer des Reichsverbandes deutscher Auswanderer, e. V.

Die mehr und mehr deutlich zutage tretende Wanderungsbewegung im deutschen Volk ist lediglich die Folge unserer zunehmenden wirtschaftlichen Not. Die vorhergehende Not ist wiederum aus der zunehmenden Verarmung aller Volksschichten hervorgegangen.

Während des Krieges mußten die an Kleidung, Wäsche und sonstigen Sachwerten angesammelten Rücklagen aufgebraucht werden. Nach dem Kriege wurden dann alle Ersparnisse auf den Sparcassen, die Anlagen in Hypotheken, Lebensversicherungen und anderes mehr durch die Inflation restlos vernichtet. Bettelarmut steht daher heute auch die breite Masse des deutschen Volkes da. Sie ist gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben, da die hohen Steuern es unmöglich machen, an Ersparnisse zu denken. Kein Wunder daher, wenn viele in ihrer Hoffnungslosigkeit sich mit dem Auswanderungsgedanken tragen und ein großer Teil tatsächlich auswandert. Die Ueberbesteuerung des deutschen Volkes läßt sich aus den eingegangenen Steuerbeträgen in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1924 deutlich erkennen. Die NE-Einnahmen an Steuern übertrafen die Soll-Einnahmen um 877 Millionen Mark oder 26 Prozent, das heißt 68 Prozent des ganzen Jahres-Solls. Man kann sich bei solcher Finanzpolitik wahrhaftig nicht verwundern, daß bei einem herabgezogenen Ueberbesteuerung die Wirtschaftskraft der Volksmassen nicht gebunden kann. Die Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung ist ja tatsächlich von 1913 von 57 auf 88 Mark in 1924 gestiegen. Der Staat selbst legt sich jedoch abseits von keinerlei Beschränkungen auf. Die Reichsverwaltungskosten sind von 3,7 Milliarden im Jahre 1913 auf 5,4 Milliarden Mark im Jahre 1924 gestiegen. Für diese Versteuerung der Verwaltung wird man schließlich keine andere Erklärung finden können, wie die einer unrationellen Verausgabung der öffentlichen Gelder.

Aber man muß sich noch eine andere Frage vorlegen und zwar die, ist das stark verkleinerte und wirtschaftlich verarmte Deutschland denn überhaupt in der Lage, allen seinen Bewohnern genügend Brot und Arbeit zu gewähren?

Durch das Verfallener Diktat gingen Deutschland, ohne die Abstammungsgebiete, volle 14 Prozent seiner Bodenschätze verloren. Darunter befinden sich 5 Millionen Hektar seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche, das sind volle 14,2 Prozent seiner ehemaligen landwirtschaftlichen Erzeugungsfähigkeit überhaupt. Gleichzeitig stieg aber seine Bevölkerungsdichte von 120 auf über 130 Menschen je Quadratkilometer. Rechnet man nun noch hinzu, daß die Ertragsfähigkeit des Bodens in den letzten zehn Jahren auf den Doppeljennetner je Hektar bei Weizen um 12, bei Roggen um 16, Gerste um 16 und Hafer um 7 Prozent zurückgegangen ist, dann wird wohl jeder zugeben müssen, daß das heutige Deutschland nicht nur überbevölkert, sondern auch nicht in der Lage ist, allen Bewohnern ausreichend Brot und Arbeit zu gewähren.

Deutschland sieht sich somit vor die zwingende Notwendigkeit gestellt, entweder einen großen Teil seiner erwerbsfähigen Volksgenossen in unzulänglichen Verhältnissen verkommen zu lassen, oder aber durch eine aktive und zielbewusste Auswanderungspolitik helfend eingzugreifen.

Wenn nun immer vor auswanderungsgegnerischer Seite behauptet wird, daß der Verlust an Volkskraft und Kapital durch die Auswanderung von Deutschland nicht getragen werden kann, so beruht diese Ansicht lediglich auf Trugschlüssen und Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Eine Gefahr und ein Verlust für Deutschland wird die Auswanderung lediglich, wenn man sie wie bisher plan- und ziellos weiter laufen läßt. Durch die bisherige völlig plan- und ziellose Auswanderung sind leider schon viel zu viel Arbeitskräfte und Kapital Deutschland restlos verloren gegangen. Daran tragen aber nicht die Auswanderer, sondern die verantwortlichen Regierungskreise einzig und allein die Schuld, weil sie sich eben zu einer planmäßig geleiteten Auswanderungspolitik nicht entschließen konnten.

Der Kapitalabwanderung durch die Auswanderungsbewegung könnte leicht durch die Errichtung einer „Auswanderer-Treuhand-Gesellschaft“ gesteuert werden. Durch eine solche Gesellschaft ließe sich unschwer erreichen, daß der Abfluß anbarem Gelde durch die Auswanderung auf ein unscheinbares Minimum herabgedrückt wird. Der gesamte Verkehr würde dadurch ein Verrechnungswesen werden.

Ist nun aber der wirklich brauchbare deutsche Auswanderer überhaupt als Verlust für die deutsche Volkswirtschaft und das Deutschtum zu buchen? Nein, der deutsche Auswanderer war weder in früheren Zeiten noch kann er heute als platter Verlust für Deutschland gebucht werden. Wer hat dem deutschen Außenhandel vor dem Kriege zu seiner Wachstumsverhelfen? Sicherlich nicht diejenigen, die in der Heimat hinter dem Ofen sitzen geblieben sind, sondern in allererster Linie die Auswanderer. Wer sind nun aber die Auswanderer? Sind es nicht die Auswanderer, früherer Jahre? Es ist auch leicht nachzuweisen, daß der gesamte deutsche Außenhandel von jeher bis heute zu mindestens 70

Aufruf zu einer Luftschiffspende am 20. August.

Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen hat, wie verlautet, den 25jährigen Gedenktage des ersten Zeppelinaufstieges auf den 20. August dieses Jahres in Friedrichshafen festgesetzt. Es soll eine dem Ernste der Zeit entsprechende einfache Feier stattfinden, an der Vertreter der Reichsregierung, der württembergischen Regierung, der deutschen Städte, der deutschen Industrie, der deutschen Gewerkschaften und andere namhafte Vertreter deutscher Körperschaften teilnehmen werden. Aus Anlaß dieser Feier wird Dr. Gdener mit Zustimmung der Vertreter der Regierungen, Verbände und Körperschaften den von uns bereits früher erwähnten Aufruf an das deutsche Volk erlassen zur Opferspende für den Bau eines neuen Zeppelinluftschiffes. Erforderlich sind etwa 7 Millionen Mark, wozu durch die Spende etwa 4 Millionen aufgebracht werden sollen. Zu gleicher Zeit ist mit Unterstützung namhafter ausländischer wissenschaftlicher Korporationen geplant, an die Bohrkonferenz mit dem Ersuchen hervanzutreten, den Bau eines 105 000 Kubikmeter großen Zeppelins zur Erforschung der Nordpolgebiete und anderen wissenschaftlichen Zwecken zu gestatten. Sollte — was man nicht hofft — die Bauerlaubnis verweigert werden, so ist zunächst der Bau eines kleinen Zeppelins mit einem Rauminhalt von 32 000 Kubikmetern in Friedrichshafen vorgesehen. Man hofft, durch diese Opferspende, an der sich auch die Arbeiterschaft beteiligen wird, die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Eichhorn 4.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Eichhorn ist gestorben. An seine Stelle tritt den Blättern zufolge die Berliner Metallarbeiterin Klara Casper in den Reichstag ein.

Verfassungsfeier der Preussischen Staatsregierung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, am 11. August abends eine Verfassungsfeier unter Mitwirkung sehr namhafter künstlerischer Kräfte zu veranstalten. Die Abendfeier wird wahrscheinlich in einem der Staats-Theater oder staatlichen Hochschulen stattfinden; nähere Mitteilungen über das Programm werden in Kürze gegeben werden.

Der Reichspräsident eilt nach München.

Einige Provinzialblätter hatten die Meldung gebracht, daß Reichspräsident v. Hindenburg im August zur Erholung nach Gastein fahren werde. Diese Meldung wird offiziell dementiert. Dagegen wird, wie verlautet, der Reichspräsident sich am Abend des 11. August nach München begeben, wo am 12. ein offizieller Empfang für ihn stattfindet. Im Anschluß an den Münchener Aufenthalt wird Reichspräsident von Hindenburg der Einladung Bekannten folgend, auf längere Zeit Aufenthalt auf dem Lande in Bayern nehmen.